

CDU-Landesverband Sachsen | Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden

Bündnis Rettet die Familie  
Geschäftsstelle  
Frau Theresia Erdmann  
Heidigweg 57a  
63743 Aschaffenburg

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2019**

Stand: 10. Juli 2019

### **1. Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?**

Seitens des Bundes wie aber auch des Freistaates werden diverse Möglichkeiten der Unterstützung der Eltern im Rahmen der Erziehungsarbeit wie aber auch bei möglichen Sachkosten zur Verfügung gestellt. Dazu können für den Freistaat bspw. die Förderung von Familienberatungsstellen, das Landeserziehungsgeld oder die Unterstützung durch die Stiftung für Hilfe für Familien, Mutter und Kind genannt werden. Dennoch gibt es das von Ihnen angesprochene Missverhältnis zwischen „Elternarbeit“ und „Ertrag“. Hier wollen wir uns an einer umfassenden Diskussion beteiligen und diese Diskrepanz abbauen.

### **2. Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?**

In der Vergangenheit haben wir wiederholt deutlich gemacht, dass Kindererziehung in erster Linie Aufgabe der Eltern und nicht des Staates ist. Dazu gehört für uns auch, Eltern in ihrer Rolle zu stärken und zu unterstützen. Wir werden auch zukünftig immer wieder auf die Verantwortung der Eltern hinweisen und Bestrebungen entgegenwirken, die dies einschränken wollen.

### **3. Besonders deutlich werden die Strukturmängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?**

Mit Einführung des Bundeselterngeldgesetzes sollte ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik vollzogen und mehr Personen die Möglichkeit geboten werden, sich für ein Kind zu entscheiden.

Wir betrachten es auch mit Sorge, dass die Diskussion um das Elterngeld vorrangig aus fiskalischer Sicht und um die Anschlussbetreuung in einer Einrichtung geführt wird. Kritisch zu sehen sind auch ein vielfacher Mitnahmeeffekt und die offene Frage, inwieweit einzelne Personengruppen besser gefördert werden können. Wir werden uns für eine Evaluation des Elterngeldes einsetzen und darauf hinwirken, dass der Erziehungsarbeit einen höheren Stellenwert eingeräumt wird.

#### **4. Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?**

Wir wirken darauf hin, dass im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen des entsprechenden Personals durch das Landesjugendamt aktuelle Erkenntnisse mit berücksichtigt werden. Dafür wurden in den vergangenen Haushaltsberatungen auch mehr Mittel für fachliche Fortbildungen zur Verfügung gestellt.